

DAS BRINGT DER TAG HEUTE

Ausland In Iran wird der Spionageprozess gegen die Französin Clotilde Reiss fortgesetzt.

Ausland Rumänien erinnert an die letzten Tage des Diktators Ceausescu vor 20 Jahren.

Wirtschaft Zweitletzter Tag des Weihnachtsverkaufs.

Sport Eishockey, NLA, 35. Runde: Leader Bern versucht seine Führungsposition gegen Fribourg zu festigen.

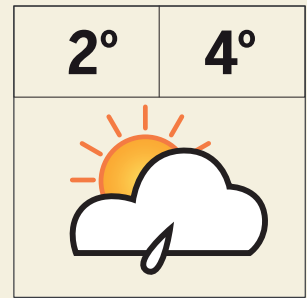
Immer auf dem Laufenden:



DAS WAR GESTERN AUF A-Z.CH TOP

- 1. Post muss sparen:** Welche Poststellen wo geschlossen werden.
- 2. Jeder Rappen zählt:** Nick Hartmann ist der Promi des Jahres.
- 3. Brandserie in Aarau:** Links-autonome hetzen gegen Bezirksamtmann.
- 4. Sexueller Missbrauch:** Ergebnisse der Untersuchung im Gefängnis Schöngrün.
- 5. Basel:** Polizeiauto knallt in Tram – drei Polizisten verletzt.

DAS MACHT DAS WETTER HEUTE



Nach einem zeitweise nassen Start kann sich im Tagesverlauf die Sonne vorübergehend besser in Szene setzen. Später ziehen jedoch neue Wolken auf.

DAS SCHREIBEN DIE ANDEREN

Neue Zürcher Zeitung

Post: Was soll eigentlich aus dem Bundesunternehmen Post werden? Soll sich der Gemischtwarenladen (...) in dieser expansiven Weise fortentwickeln? Ist es wirklich Aufgabe der Eidgenossenschaft, in Grossbritannien Direktmarketing und in Frankreich Ortsbusse zu betreiben? Kurzum: Was nützt, ist eine politische Diskussion darüber, worin unter den Vorzeichen der neuesten technologischen Entwicklung die Essenz des Postgeschäfts besteht.

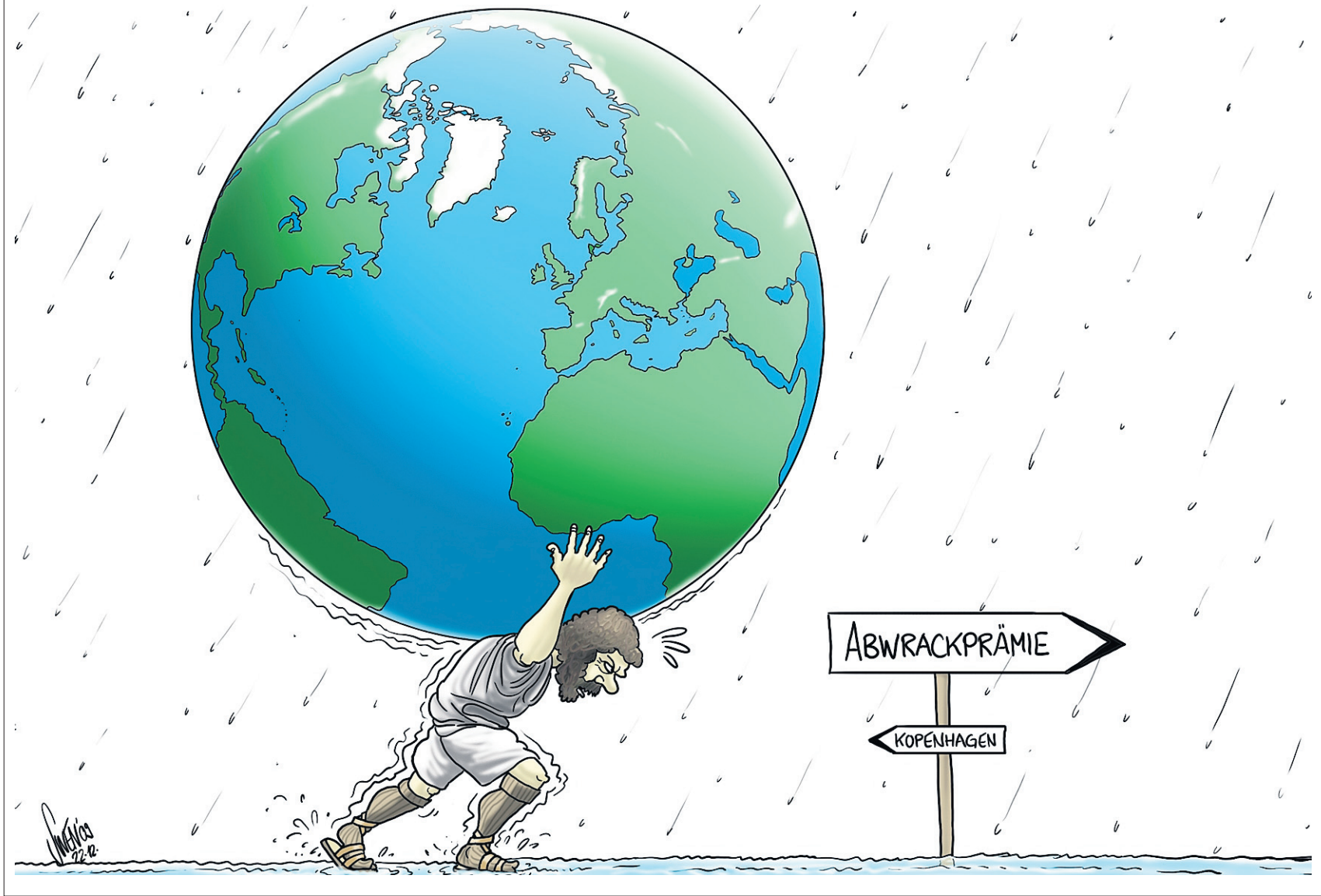
Frankfurter Allgemeine

Eurostar: Offenbar gibt es trotz einer grossen Zahl von Passagieren keine Notpläne für ein schnelles und effizientes Evakuieren. Niemand ist anscheinend darauf vorbereitet, erschrockenen und verängstigten Menschen im Tunnel zu helfen.

NEUE LÜZERNER ZEITUNG

Ajatollah Montaseri: Montaseri war eine Symbolfigur, kein politischer Führer. Er veröffentlichte seine unverrückbaren Überzeugungen in zahlreichen Büchern, Schriften und Interviews. Und damit werden die Gedanken des Toten die Opposition weiterleiten.

KARIKA-TOUR



Ein Bekenntnis zur direkten Demokratie

Gastautorin Natalie Rickli fordert Umsetzung der Volksentscheide

NATALIE RICKLI

Die Abstimmung vom 29. November 2009 brachte viel in Bewegung: Der Entscheid über die Minarett-Initiative löste eine Debatte aus, welche für unser Land von grosser Bedeutung ist. Es geht längst nicht mehr um Minarette. Nein: Die Diskussion dreht sich um die direkte Demokratie und damit um die Frage, was die Schweizer Bevölkerung überhaupt noch zu entscheiden hat. Die Frage, über was abgestimmt werden darf und wie Volksentscheide umzusetzen sind, wurde bereits nach Annahme der Verwahrungsinitiative diskutiert. Bereits damals stellten sich linke Politiker auf den Standpunkt, völkerrechtliche Bestimmungen gingen den Entschieden in Volksabstimmungen vor. Und bereits damals forderten Professoren und Intellektuelle, dass das Initiativrecht des Volkes einzuschränken sei: Das Volk soll weniger Mitspracherechte haben. Dies allerdings sagt niemand – alle reden vornehm von «Völkerrecht» und «Menschenwürde».

Der Satz in der Bundesverfassung, dass Bund und Kantone das Völkerrecht zu «beachten» haben, wird bald in jeder politischen Diskussion bemüht. Die Behauptung, eine Initiative widerspreche völkerrechtlichen Grundsätzen, ist fast immer ein Erfolgsrezept. Der Aufschrei der Medien ist sicher, und in der parlamentarischen Behandlung dreht sich alles um die Frage, wie die Schweiz denn international dastehe, wenn man dem betreffenden Vorstoss zustimme.

Schauen wir einmal die Fakten an: Unter die Definition «Zwingendes Völkerrecht» im Sinne der Wiener Vertragsrechtskonvention fallen nur wenige Grundrechtsgehalte. Dazu gehören etwa die Verbote der Folter, des Refoulement, des Genozids, der Sklaverei und – in einem beschränkten Ausmass – der Zwangsarbeit. Diese Punkte gelten absolut. In allen anderen Bereichen aber haben wir einen gewissen Spielraum: Der Grundsatz, dass Bund und Kantone das Völkerrecht zu «beachten» haben, lässt der Politik Raum für Abweichungen vom grundsätzlichen Vorrang des Völkerrechts. Die Schweiz hat es selber in der Hand, Völkerrecht ins innerstaatliche Recht einzuordnen – das Völkerrecht geht schweizerischem Recht nicht a priori vor. Wären wir EU-Mitglied, wäre dies anders: Dann müssten wir z.B. europäisches Recht 1:1 übernehmen.



Natalie Rickli, 33, SVP-Nationalrätin, vorher Gemeinderätin in Winterthur und Zürcher Kantonsrätin. Beruflich ist sie Partner Relation Manager für die Goldbach Media und die IP Multimedia AG.

Aktuelles Beispiel ist die Ausschaffungsinitiative der SVP. Der Ständerat weigerte sich, diesen Vorstoss zu behandeln, und will die Initiative ein zweites Mal in der Staatspolitischen Kommission diskutieren. Die Kommission soll die Gültigkeit der Initiative noch einmal prüfen sowie über einen allfälligen direkten Gegenvorschlag befinden. Auch verschiedene Medien schrieben, es sei «umstritten», ob die Ausschaffungsinitiative gegen Völkerrecht verstosse und für ungültig zu erklären sei.

Worum geht es denn bei dieser Initiative? Die Ausschaffungsinitiative will, dass Ausländer ausgeschafft und mit einer Einreiseperrre belegt werden, wenn sie kriminell sind oder missbräuchlich Sozialleistungen beziehen. Dies entspricht dem Grundsatz der Landesverweisung – wie es bis Ende 2006 in unserem Strafrecht stand. Der Einwand, die Initiative widerspreche dem Völkerrecht, ist absurd. Fast alle anderen Länder kennen einen analogen Grundsatz im Strafrecht – Länder ausserhalb Europas kennen sogar noch härtere Bestimmungen.

Der Grundsatz, dass man Flüchtlinge nicht in Staaten ausliefern darf, wo sie verfolgt werden, gilt auch mit der Initiative. Doch das sind Ausnahmen: Weniger als 2% der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz sind anerkannte Flüchtlinge. 98% der Ausländer sind

keine Flüchtlinge – und damit stellt sich die Frage gar nicht. Und um die Ausländerkriminalität endlich wirksam bekämpfen zu können, ist es richtig, für diese 98% einen entsprechenden Grundsatz festzulegen.

Die Diskussion um die Ausschaffungsinitiative zeigt, wie völkerrechtliche Argumente missbraucht werden, um missliebige Vorstösse zu bekämpfen. Lassen wir doch die Bevölkerung über solche politischen Fragen entscheiden. Die direkte Demokratie bewies immer wieder, dass die Stimmbürger bestens in der Lage dazu sind.

MZ-GASTAUTOREN AUS POLITIK UND WIRTSCHAFT

- Iwan Rickenbacher, Politberater (CVP)
- Natalie Rickli, SVP-Nationalrätin (ZH)**
- Peter Rothenbühler, Direktionsmitglied bei Edipresse
- Oswald Sigg, ehemaliger Bundesratssprecher
- Roland Trauffer, Generalvikar des Bistums Basel
- Christian Wasserfallen, FDP-Nationalrat (BE)
- Cédric Wermuth, Präsident der Juso Schweiz (AG)

Happy Birthday, Revolutionen!

Seit 1989 florieren die gewaltlosen Regimewechsel



CHRISTIAN NÜNLIST

Derzeit erinnern wir uns an die «orange Revolution» vor fünf Jahren in der Ukraine; im November feierten wir «1989», die Mutter aller friedlichen Revolutionen. Wobei der Ausdruck, wie Timothy Garton Ash kürzlich festgehalten hat, eigentlich ein Widerspruch ist. Denn historisch gesehen waren Revolutionen immer gewalttätig. «Eine Revolution ist keine Dinnerparty», wird Mao Zedong zitiert. Und tatsächlich: Frankreich im Jahr 1789 – das war vor allem die Guillotine.

Die epochalen zivilen Massenproteste transformierten 200 Jahre später den Begriff der politischen Revolution. Bei den von 1989 inspirierten Bürgerbewegungen in Estland, Lettland, Litauen, Südafrika, Chile, Kroatien, Serbien, Georgien, Ukraine, Weissrussland, Kirgistan, Libanon und Burma schwächte meist ein Adjektiv den vormals blutigen Charakter der Revolution ab – wir wurden Zeugen der singenden, der safrangelben, der grünen, der Zedern- oder Tulpen-Revolution.

Seit 1989 gibt es statt der Guillotine den runden Tisch. Den Anfang des gewaltlosen Widerstands gegen das Regime macht heute meist ein Urnengang. Die Farbe der Opposition – orange für Juschtschenko in der Ukraine, grün für Mussawi in Iran – gibt der Revolution den Namen. Die Massen werden mobilisiert vom Zorn über eine tatsächliche oder vermutete Wahlfälschung. Die Farbrevolutionen sind mächtige Inspiration und ultimativer Feind der letzten repressiven Staaten dieser Welt. Das Rad lässt sich nicht mehr zurückdrehen, weder in Iran noch in Burma. Happy Birthday, friedliche Revolutionen!